

Erfüllungspolitik?

Anmerkungen zu laufenden deutsch-französischen Rüstungsvorgängen

Memorandum N° 25
April 2015

In Frankreich ticken die Uhren anders. Warum das so ist und wie es dem französischen Zentralstaat gelingt, sich von einer Epoche in die andere zu schleppen, wissen nur Insider. Deutsche Politiker, deren Frankophilie fast zur Berufskrankheit geworden ist, vertrauen Frankreich. Mehr noch, die deutsche Politik verneigt sich weiter vor der *Trikolore*. So schafft es das politische Frankreich, entweder für sich selbst die Gesetze zu schreiben oder sie jedenfalls so auszulegen, dass sie französischen Interessen entsprechen.

Dies gilt personalpolitisch für die Beschickung der Europäischen Zentralbank mit Monsieur *Benoit Coeuré*, der als Direktoriumsmitglied das größte Staatsanleiheankaufprogramm der Geschichte durchgesetzt hat. Er betreibt so Wechselkurspolitik, obwohl diese Kompetenz der EZB nicht zusteht und krieert Eurobond-ähnliche Risiken. Dies gilt ebenso sehr für die Europäische Kommission als Hüterin der Stabilitätsregeln der Europäischen Währungsunion und Durchsetzer des Stabilitätspaktes: Während für Irland, Portugal und Spanien harsche Ausgabenkürzungsprogramme vorgeschrieben werden, scheint der Stabilitätspakt für Frankreich suspendiert worden zu sein. Schon in der Vergangenheit, insbesondere 2003, entzog sich Frankreich der Anwendung der Stabilitätsregeln und erreichte in trautem Einvernehmen mit Deutschland von der Kommission, dass die *Große Nation* keine blauen Briefe erhielt. Seitdem hat das Land die Latte der Stabilitätsregeln so häufig und gravierend wie kein anderes Mitgliedsland der Eurozone gerissen. Die Defizite schießen über 4 % hinaus und versprechen, auch für die Zukunft nicht zu sinken. Dennoch hat der in Frankreich als Finanzminister gescheiterte *Pierre Moscovici* - nunmehr avanciert zum Europäischen Kommissar für Wirtschaft und Finanzen - es geschafft, Frankreich von den vorgesehenen Sanktionen bzw. den Abmahnungen seines exzessiven Fiskalverhaltens zu verschonen. Obwohl Frankreich keinerlei Anstrengungen macht, die notwendigen Ausgabenkürzungen von 80 Milliarden Euro über drei Jahre zu realisieren und sich stattdessen mit nahezu griechischen Absichtserklärungen über Ausgabenkürzungen von 50 Milliarden Euro begnügt, verzichtet die Europäische Kommission auf formale Mahnungen. Monsieur *Moscovici*, im trauten Einvernehmen mit Kommissionspräsident *Juncker*, wollte Frankreich sogar drei Jahre Aufschub gewähren, um *Hollande* vor der Peinlichkeit einer Befassung mit den von ihm mitverursachten und zu verantwortenden Staatsdefiziten im Wahlkampf 2017 zu verschonen. Der guten Form halber musste Frankreich sich zunächst mit einem zweijährigen Aufschub begnügen. Kommt Zeit, kommt Rat. Diese Devise französischer Politik hat stets dazu geführt, dass Paris in Brüssel schalten und walten kann, wie es will.

Da erscheint es fast wie ein unwichtiges Detail, dass bei wichtigen Beschaffungsprojekten und trotz einer geänderten Sicherheitslage Frankreich eine deutsche Figur nach der anderen vom deutsch-französischen Schachbrett schlägt. Letzter Etappensieg der

Franzosen: Obschon die Bundeswehr als Bedarfsträger es eindeutig präferiert, neben der bestehenden Radaraufklärung eine optische Satellitenaufklärung eigenständig durchführen zu können, hat sich das Bundesverteidigungsministerium über diese Wünsche, die auch vom Bedarfsdecker unterstützt werden, schlichtweg hinweggesetzt. Schließlich bietet Frankreich an, dass Deutschland schöne Bilder bekommen werde und zwar von einem dritten optischen Satelliten, den die Franzosen mithilfe eines deutschen Schecks in Höhe von 200 Millionen durch ihre Industrie bauen würden. Planungsamt und Planungsabteilung mussten zu einer Entscheidung nicken, die wohl anderorts politisch zu verantworten war. Offiziell heißt es von Seiten der Rüstungsstaatssekretärin Dr. Suder, dass im Gegenzug zu dem deutschen Scheck und der technologischen Aufbauhilfe für Frankreich bzw. dem Verzicht auf ein eigenes Aufklärungssystem Deutschland eine führende Rolle bei der MALE Drohne, also dem Nachfolgeprojekt des unglücklichen Eurohawk, spielen solle. Versprechungen sind nur so viel Wert, wie das Papier auf dem sie geschrieben sind. Dies gilt besonders für Zusagen aus Frankreich. Die Bundesregierung müsste dies aus eigener Anschauung wissen. An die „paritätische“ Entwicklung der deutsch-französischen Standorte im Rahmen des Airbus-Konzerns darf in diesem Zusammenhang erinnert werden. Toulouse ist ein ausschließlich französisch-britisches Flugzeugingenieurlaboratorium geworden. Deutschland ist nicht einmal mehr eine marginale Größe und seine verbliebenen Flugzeugbaustandorte werden auf Vertrieb und Fertigung (ohne Entwicklung) reduziert.

Nun also noch der Verzicht auf eine autonome Entwicklung eines optischen Satelliten, den die DLR für einen Preis von weniger als 200 Millionen der Bundesregierung angeboten hatte. Abgesehen von dem technologiepolitischen Verlustgeschäft, das hier getätigt wird, verlieren die deutschen Streitkräfte und mit ihnen die Bundesrepublik Deutschland die Fähigkeit, industriell-operativ ein System vollständig zu beherrschen und dies auf einem Gebiet, wo Souveränität ohne Abstriche geboten ist: Der Aufklärung. Das Kommando für Strategische Aufklärung hatte sich dazu hinlänglich geäußert. Es half nichts. Übergeordnete Gründe führten dazu, dass Deutschland an Frankreich zahlt, in der Hoffnung, dass Frankreich irgendwann, irgendwie und zu irgendwelchen Konditionen Bilder liefern werde.

Vorbehaltlich einer genauen Analyse der Vertragsasymmetrie von Leistung und Gegenleistung wird Deutschland so auf einem zentralen Gebiet seiner militärischen Souveränität in die Regionalliga geschickt. Im Unterschied zu Italien und Frankreich kann Deutschland somit nicht am internationalen Aufklärungshandel teilnehmen. Denn nur wer Systeme herstellt und vollständig souverän operiert, wird auf diesem Markt ernst genommen.

Dies ist nicht das einzige deutsch-französische Projekt, das an der Rationalität der Verteidigungsministerin aber auch an der Frankreichkenntnis der deutschen Bundeskanzlerin zweifeln lässt. Die Schieflage bei EADS/Airbus ist seit langem bekannt. Indessen sieht sich das Bundeswirtschaftsministerium scheinbar nicht in der Lage, außenwirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland sachgemäß wahrzunehmen. Man könne den französischen Freunden – so *Herr Minister Gabriel* - schließlich nicht verwehren, einen deutschen Panzerbauer zu übernehmen.

Doch bei Lichte betrachtet, werden Haushalts- und Verteidigungspolitiker mit den Zähnen knirschen, was hier von den Exekutanten der Kanzlerin im Verteidigungsministerium und den Dilettanten im Wirtschaftsministerium verzapft worden ist.

Längst hat die Stunde einer Neuordnung des deutsch-französischen Verhältnisses geschlagen. Doch dazu muss der deutsche Realitätssinn sich noch gewaltig entwickeln. Während in Frankreich über den Vorschlag des Herrn Juncker einer europäischen Armee angesichts der Regimentsstärke der Luxemburgischen Streitkräfte gelächelt wird, finden derartige Späße eines Größenwahnsinnigen in Deutschland den Beifall der deutschen Parteipolitiker. Die souveräne Substanz deutscher Staatlichkeit wird langsam aufgefressen. Bundeskanzlerin genauso wie Bundesverteidigungsministerin ziehen hierbei an einem Strang.